

DAS WILL DIE LINKSPARTEI

WIR HABEN DIE KRAFT

CDU

„Die Linkspartei will den Sozialismus in Deutschland einführen und eine andere Gesellschaft errichten. Dazu werden wir nicht die Hand reichen.“

Ronald Pofalla

Generalsekretär der CDU Deutschlands



Von der SED zur Linkspartei

Vertreter der Linkspartei behaupten gerne, ihre Partei sei eine Neugründung, entstanden aus PDS und WASG. Dies ist falsch, denn die WASG trat der PDS.Linkspartei nur bei, woraufhin die sich erneut umbenannte. Soll damit die wahre Herkunft der Linkspartei verschleiert und die Öffentlichkeit getäuscht werden? Wenn's ums Geld geht, bleibt die Linkspartei lieber gern die alte SED.

Ihr Schatzmeister versichert:

„... Ich bin Bundesschatzmeister der Partei ‚DIE LINKE‘. Daher weiß ich: ‚DIE LINKE‘ ist rechtsidentisch mit der ‚Die Linkspartei.PDS‘, die es seit 2005 gab, und der PDS, die es vorher gab, und der SED, die es vorher gab.“

(Eidesstattliche Versicherung von Dr. Karl Holluba vom 28.4.2009)

Mit andern Worten: Die SED gibt es noch. Sie heißt nur anders.

Die Linkspartei will eine andere Republik

Die Linkspartei will den Sozialismus in Deutschland einführen und eine andere Gesellschaft errichten. Ihr Vorsitzender sagt: „Wir stellen die Systemfrage!“

Für alle von den geheimen Diensten noch einmal zum Mitschreiben: Die, die aus der PDS kommen, aus der EX-SED und auch die neue Partei DIE LINKE – wir stellen die Systemfrage.“ (Rede von Lothar Bisky, Vorsitzender der Linkspartei, am 15.6.2007 auf dem Bundesparteitag in Berlin.)

Steuer- und Abgabenlast drastisch erhöhen und neue Steuern einführen

Die Linkspartei will die Leistungsträger und die breite Mitte unserer Gesellschaft kräftig zur Kasse bitten. Sie will den Höchststeuersatz ab einem zu versteuernden Einkommen von 65.000 Euro auf 53 Prozent anheben und damit die Leistungsträger noch stärker belasten. Sie will die Erbschaftsteuer erhöhen und die Vermögensteuer wieder einführen; sie schürt damit Sozialneid. Sie will die Körperschaftsteuer erhöhen; damit bringt sie Unternehmer um die Früchte ihrer Arbeit. Und sie will eine Börsenumsatzsteuer einführen und belastet damit auch all diejenigen, die mit Fonds-Sparen selbst privat für ihre Rente Vorsorge treffen.

Die Linkspartei will außerdem die Rentenreformen der letzten Jahre zurückdrehen. Um dies zu finanzieren, beantragte ihre Bundestagsfraktion den Rentenbeitragsatz auf 28 Prozent hochzuschrauben (Drucksache 16/5903). Damit hätten nicht nur alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer deutlich weniger Netto in der Tasche. Damit wären auch hun-

dertausende von Arbeitsplätzen gefährdet, weil die Lohnnebenkosten dramatisch steigen würden.

Unbezahlbare Forderungen

Entgegen ihren vollmundigen Ankündigungen hat die Linkspartei seit dem Beitritt der WASG kein neues Grundsatzprogramm vorlegen können. Der dafür notwendige Klärungsprozess hätte für die Partei unkalkulierbare Folgen gehabt. Die Partei beschränkt sich in der Öffentlichkeit lieber darauf, einige populistische und unbezahlbare Forderungen aufzustellen. In ihrem Wahlprogramm fordert die Linkspartei ein jährliches Investitionsprogramm von 100 Milliarden Euro und einen Zukunftsfonds von ebenfalls 100 Milliarden Euro. Hinzu kommt der exorbitante Ausbau von Sozialleistungen.

Das Urteil über diese Fantastereien sprechen zwei Finanzpolitiker der Linkspartei:
 „Unser finanzpolitisches Konzept kostet 300 Milliarden Euro im Jahr. Das ist das Eineinhalbfache des Bundeshaushaltes. Das glaubt uns doch kein Mensch!“

(Carl Wechselberg, ehemaliger Finanzexperte der Linkspartei im Berliner Abgeordnetenhaus, tageszeitung, 12.5.2009)

„Es werden Dinge versprochen, die nicht einmal dann eingehalten werden könnten, wenn wir die Wahl gewinnen.“

(Ronald Weckesser, ehemaliger Finanzexperte der Linkspartei im Sächsischen Landtag, Tagesspiegel online, 1.6.2009)

Einheitsschule einführen

Die Linkspartei will alle Kinder in eine Einheitsschule stecken und die Vielfalt der Schulformen abschaffen. Opfer ihrer verhängnisvollen Pläne wären Haupt- und Realschulen und auch das Gymnasium. Damit stellt sich die Linkspartei gegen all diejenigen, die für ihre Kinder eine gute Ausbildung wollen und sie deshalb auf die für ihr Kind passende Schule schicken möchten. Übrigens: Auch die SPD will die Einheitsschule einführen und das gegliederte Schulsystem „überwinden“.

Deutschland außenpolitisch isolieren und innenpolitisch schwächen

In der Europa-, Außen- und Sicherheitspolitik lehnt die Linkspartei alles ab, was Deutschlands Einbindung in die westliche Staaten- und Wertegemeinschaft ausmacht. Die Linkspartei will die Nato auflösen und lehnt jegliche Auslandseinsätze der Bundeswehr – auch humanitärer Art – selbst unter UN-Mandat ab. Sie ist nicht bereit, Menschen in Not zu helfen und internationale Solidarität zu zeigen. Ihre Forderungen laufen auf eine totale außenpolitische Isolation Deutschlands hinaus.

Die Linkspartei sagt Nein zum EU-Vertrag und damit auch Nein zu den milliardenschweren Förderungen aus Brüssel, die insbesondere den neuen Bundesländern zu Gute kommen. Damit stellt sie die Grundlagen für ein gutes Wirtschaftswachstum zwischen Rügen und Thüringer Wald in Frage. Sie trifft damit all diejenigen Bürgerinnen und Bürger in den neuen Bundesländern, die sich eine weitere Angleichung der Lebensverhältnisse wünschen.

Keine Zusammenarbeit mit der Linkspartei

Eine Zusammenarbeit mit der Linkspartei verbietet sich: In ihren Programmpapieren hat die Linkspartei den „demokratischen Sozialismus“ als Ziel ihrer Politik festgeschrieben. Den „demokratischen Sozialismus“ hatte schon die SED 1946 in ihrem Gründungsdokument verankert.

Die Demokratie, die die Linkspartei will, hat mit der freiheitlichen Demokratie, wie sie in der Bundesrepublik nach 1945 aufgebaut wurde, nichts gemein. Ein unabhängiges Gericht kommt zu dem Urteil:

„... Bei vernünftiger Betrachtung [deutet] die Gesamtschau aller vorhandenen tatsächlichen Anhaltspunkte darauf hin, dass die Parteien PDS, Linkspartei.PDS und heute DIE LINKE Bestrebungen verfolgten und weiterhin verfolgen, die darauf gerichtet sind, die im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechte, das Recht auf Bildung und Ausübung einer parlamentarischen Opposition, die Ablösbarkeit der Regierung und ihre Verantwortlichkeit gegenüber der Volksvertretung sowie das Recht des Volkes, die Volksvertretung in allgemeiner und gleicher Wahl zu wählen, zu beseitigen oder außer Geltung zu setzen. Eine weitere Aufklärung durch das BfV (Bundesamt für Verfassungsschutz) erscheint deshalb erforderlich.“

(Urteil des Oberverwaltungsgerichts Nordrhein-Westfalen vom 13.2.2009)

Herausgeber: CDU-Bundesgeschäftsstelle | Marketing und
Interne Kommunikation | Klingelhöferstraße 8 | 10785 Berlin
Telefon 030 22070-0 | Telefax 030 22070-111 | info@cdu.de
www.cdu.de | 10/0809 | Bestell-Nummer: **5628**

The logo of the Christian Democratic Union (CDU) of Germany, consisting of the letters "CDU" in a bold, red, sans-serif font, set against a white rectangular background.